

Brüder, zur Sonne!

Warum Solarenergie ein Schlüssel zur Reanimierung der griechischen Wirtschaft ist

Sascha Müller-Kraenner und Martin Kremer | **Wie kann es gelingen, Griechenland wirtschaftlich wieder auf die Beine zu bringen? Ein Erfolgsrezept sind Investitionen in erneuerbare Energien. Initiativen wie das durch die Regierung in Athen angestoßene Helios-Solarprojekt könnten Exporte nach Deutschland und andere Länder fördern und das Handelsbilanzdefizit aufbessern.**

Bisher ist Griechenland nur unzulänglich an den europäischen Energiebinnenmarkt angeschlossen. Allerdings haben Europas Wirtschaft und Politik bislang auch nicht auf eine Ausweitung der transeuropäischen Elektrizitätsnetze in die Sonnenstaaten Südosteuropas gesetzt. Stattdessen hat man dem überteuerten und politisch unsicheren Gaspipelineprojekt Nabucco den Vorrang gegeben. Eine europäische Initiative für den Ausbau erneuerbarer Energien könnte diese Weichenstellung korrigieren und einen neuen Wachstums- und Integrationschub für Europa und eine seiner Problemregionen geben.

Die Zukunft ist erneuerbar

Das Nabucco-Projekt steht wie kaum ein anderes für die überholte Vorstellung, dass Europas Energieversorgung nur durch steigende Importe von Öl und Gas gesichert werden kann. Die Europäische Kommission geht jedoch davon aus, dass die Zukunft den er-

neuerbaren Energien gehört – und dass sie bis zum Jahr 2050 den Großteil von Europas Energieversorgung und fast den gesamten Strommarkt abdecken werden. Die Zukunft des für die europäische Versorgungssicherheit entscheidenden europäischen Energiemarkts liegt in einer forcierten dezentralen erneuerbaren Stromerzeugung, begleitet von einem Ausbau der transeuropäischen Elektrizitätsnetze. Der Ausbau der Solarenergie in Griechenland, Hand in Hand mit einem entsprechenden europäischen Netzausbau, könnte so zum wahren Nabucco der europäischen Energieversorgung werden.

Eine Studie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt prognostiziert, dass Griechenland im Jahr 2050 144 Prozent seines Strombedarfs mit erneuerbaren Energien abdecken kann. Auf dem Solar-Potenzial-Index der Unternehmensberater Ernest & Young rangiert Griechenland von 35 Staaten auf Rang sechs. Griechenland hat man-

cherorts doppelt so viele Sonnenstunden wie Deutschland. Auf den Inseln wäre Photovoltaik schon heute ohne Förderung konkurrenzfähig.

Geht es nach Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, könnte sich das Thema Solarstrom im Rahmen der deutschen Investitions- und Wachstumsoffensive für Griechenland zu einem Geschäftsmodell für südeuropäische Länder entwickeln. Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie Hans-Peter Keitel spricht von einem „Energiepakt für Südeuropa“: Danach könnte das strukturschwache Griechenland in Solarenergie investieren, um damit auch Strom aus erneuerbaren Energien nach Deutschland zu verkaufen.

Zuwachspotenzial von 9 Milliarden

Nach der McKinsey-Studie „Griechenland in zehn Jahren“ gibt es im Energiesektor ein Zuwachspotenzial von neun Milliarden Euro. Die deutsche Solarwirtschaft steckt derzeit aufgrund der wachsenden Konkurrenz aus China wirtschaftlich in der Krise und sucht neue Exportmärkte. Griechenland ist geografisch näher und politisch stabiler als die Staaten Nordafrikas, in denen das Desertec-Projekt bis 2050 verwirklicht werden soll.

Allerdings ist vor einem Start des Helios-Solarprojekts mit dem darin anvisierten Ausbau von 13 Terawatt noch eine ganze Reihe von Problemen zu lösen. Diese erschweren auch maßgeblich einen schnellen Beitrag zum Ausweg aus der akuten Finanzkrise des Landes.

So basiert Griechenlands Stromversorgung bislang zu einem Großteil

auf der Verbrennung einheimischer Braunkohle. Zusätzlich werden Öl und Gas importiert. Der Solarstromanteil Griechenlands ist trotz immensen Potenzials bisher gering. Griechenland hat im Jahr 2010 lediglich Photovoltaik-Anlagen mit einer Nennleistung von 150 Megawatt installiert, 2011 waren es bisher rund 300 Megawatt. Zum Vergleich: In Deutschland wurden allein 2010 neue Anlagen mit einer Leistung von insgesamt 7400 Megawatt installiert.

Dabei wird in Griechenland eine Stromeinspeisevergütung gezahlt, die fast doppelt so hoch ist wie der deutsche Satz. Zentrale Ausbaumhemmnisse sind jedoch die so genannten nicht-ökonomischen Barrieren wie das sehr lange und aufwendige Genehmigungsverfahren (bis zu dreieinhalb Jahre). Zudem weist das einheimische Stromnetz große Schwächen auf, die Wartezeit auf einen Netzanschluss beträgt bis zu fünf Jahre. Interkonnektoren zu Nachbarländern sind kaum vorhanden. Einheimische Firmen wie der staatliche Stromversorger DIE und ausländische, auch deutsche Firmen investieren so nur im geringen Umfang. Hinzu kommen nach griechischen Angaben in jüngster Zeit verstärkt Probleme der Investoren beim Zugang zu Kapital.

Ausländische und inländische Investoren brauchen vor diesem Hintergrund sukzessive „Signale aus Athen“. Griechenland selbst hat inzwischen die Schaffung einer nationalen Investitionsbank nach Vorbild der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vorgeschlagen. Im Falle Grie-

Griechenlands Stromversorgung basiert noch zum Großteil auf der Verbrennung einheimischer Braunkohle

Bild nur in Printausgabe verfügbar

chenlands muss eine neu geschaffene nationale Bank mit europäischer Hilfe finanziell so ausgestattet werden, dass die notwendigen Investitionen rasch getätigt werden können.

Die Europäische Investitionsbank hat in diesem Sinne bereits ein mit 500 Millionen Euro ausgestattetes Programm vorgeschlagen, mit dem sie eine EIB-Kreditvergabe über griechische Banken und eine Beteiligung der nationalen Förderbanken der EU-Mitgliedstaaten erreichen will. Eventuell anfallende Differenzkosten zwischen der griechischen Einspeisevergütung für Photovoltaik und niedrigeren Preisen, die sich beim Stromexport erzielen lassen, können zunächst über die millienschweren nichtabgeflossenen EU-Strukturfördermittel für den Bau von Anlagen abgedeckt werden. Hier hat

die Kommission bereits den Anteil der Eigenfinanzierung für Griechenland auf nur noch fünf Prozent reduziert.

Rechtlicher Rahmen für die Anbindung Griechenlands an den europäischen Strommarkt könnte der European Energy Community Treaty (ECT) sein, der 2005 in Athen zwischen der EU und einer Reihe von Drittstaaten abgeschlossen wurde. Ursprüngliches Ziel war es, die Länder des Balkan-Stabilitätspakts an den europäischen Energiebinnenmarkt heranzuführen. Der ECT ermöglicht eine „Energiepolitik aus einem Guss“ für den Südosten Europas.

Auch die Türkei, schon heute eine wichtige Drehscheibe für den Öl- und Gasimport nach Europa, könnte so an den paneuropäischen Strommarkt angebunden werden. Schon heute wird

in der Türkei massiv in erneuerbare Energien investiert. Im Gegensatz zu Griechenland und den Staaten des westlichen Balkans boomt die türkische Wirtschaft. Leistungsfähige nationale Energieunternehmen und internationale Investoren haben das immense Potenzial für Wind, Sonne und Geothermie, das auf der anatolischen Halbinsel existiert, längst erkannt.

Nabucco für die Sonne

Entscheidend ist jetzt, dass Europas Wirtschaft und Politik das Potenzial für ein „Nabucco für die Sonne“ in Griechenland nutzt. Auf dem informellen Energieministerrat in Breslau im vergangenen September wurde ein stärkeres Engagement der EU bei der Finanzierung von nicht marktgetragenen Investitionen in Energieinfrastruktur vor allem von den ost- und südosteuropäischen Mitgliedstaaten unterstützt.

Zahlreiche mittel- und westeuropäische Mitgliedstaaten verhalten sich bislang eher zurückhaltend. Sie sollten aber bedenken, dass maximal 50 Prozent der bis 2020 für Energietransportnetze benötigten 200 Milliarden Euro vom Markt getragen werden können. Investitionen in einen gezielten Umbau des Energiesystems mit einer zukunftsfähigen grenzüberschreitenden Infrastruktur sind im Zweifelsfall besser angelegt als kontinuierliche Rettungspakete für die schwächelnde Wirtschaft dieser strukturschwachen Länder.

Als Finanzierungsquellen für den bislang mit 9,121 Milliarden Euro dotierten Energieteil einer „Connecting Europe Facility“ innerhalb des neuen EU-Finanzrahmens 2014–2020 bieten sich Umschichtungen im Forschungshaushalt sowie eine Verwendung von

Struktur- und Kohäsionsfondsmitteln an. Noch unter Polens EU-Präsidentschaft begannen die Verhandlungen für den kommenden mehrjährigen EU-Haushaltsrahmen, mit der Chance, hier erste Schwerpunkte zu setzen.

Der Export von Solarstrom könnte so, tiefgreifende Reformen in Griechenland vorausgesetzt, zu einem Leuchtturmprojekt für ein neues Geschäftsmodell für stetiges und nachhaltiges Wachstum werden. Neben der Verschuldung ist gerade in Griechenland die fehlende Wettbewerbsfähigkeit die Hauptursache für die Krise. Langfristig legt der Export von Solarstrom die Grundlage für die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien, wie sie die ehemalige EU-Kommissarin Michaela Schreyer vorgeschlagen hat. So wie der europäische Einigungsprozess ursprünglich auf den Schuman-Plan, die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und den Euratom-Vertrag gegründet war, kann auch die künftige Energiepolitik einer der Treiber für politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration in Europa werden.



SASCHA MÜLLER-KRAENNER ist Geschäftsführer des Umweltverbands The Nature Conservancy in Europa und Partner des Ecologic Institute.



MARTIN KREMER, M.C.L. ist Senior Fellow bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.